Erläuterung zur Finanzierung:

Eine Umwidmung der B2 basierte auf einem Tauschprinzip: Straßen- und Brückenabschnitte wechselten zwischen der Stadt Fürstenfeldbruck und dem Staatlichen Bauamt Freising. Für die Umstufung würden alle Abschnitte in einem sanierungsfreien Zustand übergeben werden. Deshalb wurden die Erhaltungsrückstände beider Seiten erfasst und monetär bewertet. Aus dieser Bewertung ergibt sich der Gesamterstattungsanspruch der Stadt.

Die Erhaltungsrückstände der Stadt belaufen sich für die Straßen auf 2.320.148,82 € sowie für die drei Brücken der LKW-Umleitungsstrecke auf insgesamt 468.000,00 €. Dies ergibt in Summe einen Erhaltungsrückstand von 2.788.148,82 €.

Die Erhaltungsrückstände des Staatlichen Bauamts auf der aktuellen B2 betragen für die Straßen 1.698.396,12 € sowie für die denkmalgerechte Sanierung der Amperbrücke am Leonhardsplatz 3.371.000,00 €. Insgesamt ergibt sich ein Erhaltungsrückstand von 5.069.396,12 €.

Der städtische Erhaltungsrückstand von 2,788 Mio. € beschreibt den monetären Aufwand der Stadt, wenn sie die Abschnitte behalten würde. Durch die Umstufung entfällt dieser Aufwand, da die Baulast auf den Bund übergeht. Umgekehrt übernimmt die Stadt die Baulast für B2-Straßenabschnitte und die denkmalgerechte Sanierung der Amperbrücke und erhält dafür einen Ausgleich von rund 2,28 Mio. €, der aus der Gegenüberstellung der Erhaltungsrückstände beider Seiten resultiert.

Der Saldo zugunsten der Stadt von 2.281.247,30 € (brutto inkl. MwSt.) ist zweckgebunden und wird für die Sanierung der Amperbrücke verwendet.

Die in der Presseanfrage genannte Rechnung „3,371 Mio. € – 2,28 Mio. €“ ist kein belastbarer Vergleich. Die 3,371 Mio. € sind die geschätzten Kosten für die denkmalgerechte Sanierung der Amperbrücke. Die 2,28 Mio. € hingegen sind das Netto-Ergebnis des gesamten Ausgleichs aus der Umstufung. Die Logik einer solchen Rechnung unterstellte, dass die Stadt 2,28 Mio. € für die Brücke erhält und den Rest selbst tragen müsste. Das ist nicht der Fall, da die Stadt ohne Umstufung zusätzlich rund 2,788 Mio. € für ihre eigenen Straßen und Brücken hätte investieren müssen. Durch die Umstufung entfällt dieser Aufwand vollständig. Der Bund übernimmt die Baulast für die bisherigen B2-Abschnitte und gleicht die Differenz rechnerisch aus.

Die 2,28 Mio. € sind zweckgebunden für die Brückensanierung und stellen sicher, dass die Stadt keine Mehrkosten hat.